

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/60

Hannover, den 24. Mai 1948

Sich klar entscheiden
=====

P.R. Alles, was man aus Berlin über Berlin hört, gipfelt in der Feststellung: Die Russen werden in ihren Bemühungen nicht nachlassen, ihre Rivale aus Berlin zu verdrängen. Sie müssen es, weil diese Stadt inmitten ihres Machtbereiches ein ständiger Infektionsherd, eine Quelle dauernder Beunruhigung, ein Symbol der Freiheit und in dieser Eigenschaft eine mehr als ärgerliche Herausforderung des russischen Anspruches ist, östlich der Elbe (und ausserdem in Thüringen und Westsachsen) als unumschränkter Herr geachtet zu werden.

Die "Neue Zürcher Zeitung" hat kürzlich die Methode der Russen folgendermassen charakterisiert: "Das russische Vorgehen ist immer das gleiche. Zuerst wird durch einseitige Verfügung eine vollendete Tatsache geschaffen. Sofern die Gegner energisch genug dagegen auftreten, lässt man nach Verstreichung eines genügend langen Zeitraumes die Bereitschaft zu Verhandlungen erkennen. Ihr Beginn wird jedoch unter verschiedenen Vorwänden hinausgeschoben bis zur Einleitung einer weiteren Aktion, die eine völlig neue Lage schafft und die bisherigen Streitfragen an Bedeutung zurücktreten lässt. Dieses Verfahren hat zweifellos die Russen dem Ziel der Vertreibung der westlichen Alliierten aus Berlin ein gutes Stück näher gebracht."

Formell steht gegen den russischen Willen und die Methoden, mit denen man ihn realisieren möchte, das Wort der westlichen Alliierten, Berlin nicht aufzugeben, und niemand wird ihre aufrichtige Absicht, so zu handeln, bezweifeln. Der Grund ist klar: ein überragendes Interesse an eigenem Ansehen nicht nur in Deutschland, sondern nach allem, was voranging, in der ganzen Welt. Das Problem Berlin wird gelegentlich der Währungsreform eine neue starke Akzentuierung erfahren. Die Frage lautet, ob man nicht praktisch Berlin aufgibt, wenn man die Währungsreform auf Westdeutschland beschränkt. Bevins kürzliche Äusserung, man werde nun eine westliche Währungsreform vornehmen müssen, da man sich nicht zwischen den vier Alliierten einigen konnte, lässt wohl darauf schliessen, dass man mit der Frage der Stellung Berlins zur westlichen Währungsreform irgendwie hofft, fertig werden zu können, ohne dass man es aufgibt. Über das Wie freilich herrscht bisher noch völlige Ungewissheit.

Die Frage sowohl des Verbleibens der Westmächte in Berlin wie die der Auswirkungen einer westdeutschen Währungsreform auf Berlin fallen in die Zuständigkeit der Alliierten, wenn sie auch mehr als irgend jemand anderen die Berliner selbst und mittelbar alle Deutschen betreffen. Ist für diese beiden, die Berliner und ihre Freunde in West- und Süddeutschland - wozu wir hier einmal grosszügig auch die Bayern rechnen wollen - eine Chance der Einflussnahme auf die Beantwortung dieser Fragen gegeben? Direkt kaum. Trotzdem wäre es falsch zu sagen, die Dinge würden ihren Lauf ganz unabhängig davon nehmen, wie die Deutschen sich dazu stellen.

Man denke an das Beispiel des 20. Oktober 1946. Die damalige Stimmabgabe hat mittelbar stärksten Einfluss auf die weitere Entwicklung in Berlin gehabt und von jenem Tage bis zu der nachtvollen Kundgebung am 1. Mai 1948 führt ein direkter, zwar dornenvoller, für das deutsche Ansehen aber erfolgreicher Weg. Die Forderungen, Berlin bei jeder provisorischen Neuordnung Westdeutschlands mit zu berücksichtigen, die Stadt auch in den Marshall-Plan einzubeziehen und auch der bezeichnende Beschluss des Deutschen Städtetages in Frankfurt, die Oberbürgermeisterin von Berlin, Louise Schröder, zu seinem Präsidenten zu bestimmen, zeigen klar die grundsätzliche deutsche Einstellung zum Problem Berlin, soweit sie frei geäußert werden kann. In der Ostzone ist das bekanntlich nicht der Fall.

Man mag, wenn man skeptisch ist, in alledem nicht viel mehr als Gesten sehen. Aber gerade das Berliner Beispiel hat gezeigt, dass die entschlossen bekundete Meinung auch nur von Teilen der deutschen Bevölkerung durchaus Eindruck auf die Besatzungsmächte machen und Einfluss auf ihre Handlungen gewinnen kann. Diese deutsche Einstellung ist heute nicht mehr so vollkommen gleichgültig, wie sie es noch vor einiger Zeit war. Deutschland oder das, was von ihm zunächst in Teilen übrig geblieben ist, ist gewisse nicht bündnisfähig im alten Sinne des Wortes. Aber eine einseitige Option ist dort, wo man sie sich leisten kann, um der politischen Klarheit willen notwendig. Es sind die Überschlauen, die vor dieser klaren Entscheidung warnen, weil sie sich "teuer verkaufen" und deshalb noch etwas warten wollen. Sie pflegen, wenn es darauf ankommt, an billigsten zu sein. (L/1/245/2/ke)

Neue Aufgaben für Wilton Park

sp. Die Kriegsgefangenschule Wilton Park führt zur Zeit ihren letzten Kursus mit Kriegsgefangenen und deutschen Zivilisten durch. Nach einer längeren Pause wird Wilton Park dann als eine internationale Schule wieder eröffnet werden, wo sich junge Menschen der verschiedenen europäischen Nationen zusammenfinden sollen, um die Probleme ihrer eigenen Nationen untereinander zu studieren. Die Verhandlungssprache wird Deutsch sein. Damit wird also der Versuch gemacht, die bei der Eröffnung von Wilton Park geplanten Gedanken einer internationalen Schule zu verwirklichen und es ist zu hoffen, dass Wilton Park dann den gleichen Erfolg haben wird wie bei den bisherigen Kursen. (tke/51/245/1/ho)

Das deutsche "Recht auf Hoffnung"

A.F. Paris, im Mai

Die Verfassung der ~~Marx~~ Republik hat dem Präsidenten sehr wenig Rechte eingeräumt. Eine enge Auslegung der Bestimmungen würde ihm z.B. nicht erlauben, zu den aktuellen Fragen des Tages Stellung zu nehmen. Der Präsident Vincent Auriol, der auf eine jahrzehntelange politische Laufbahn in den Reihen der sozialistischen Partei zurückblickt, und zweifellos zu den stärksten Persönlichkeiten des heutigen Frankreichs gehört, scheint sich nicht in diesen allzu engen, verfassungsmässigen Schranken halten zu wollen. Wiederholt hat er die Republik und ihre parlamentarischen Ausdrucksformen gegen die totalitären Angriffe von links und von rechts verteidigt. In der zweiten Maihälfte hielt er nun in der burgundischen Weinstadt Macon anlässlich einer Gedenkfeier für den Dichter und revolutionären Politiker Lamartine eine hochpolitische Rede, der die Bedeutung einer aussenpolitischen Regierungserklärung beizumessen ist.

Vincent Auriol forderte im Interesse einer grösseren Gemeinschaft und als Grundlage des künftigen Friedens eine Beschränkung der nationalen Souveränitätsrechte. Im Marshall-Plan sieht der Präsident nur einen Ausgangspunkt für eine europäische Gemeinschaft, die Schritt für Schritt aufgebaut werden muss, zunächst im Westen, eines Tages hoffentlich auch mit dem Osten, um schliesslich einer Weltgemeinschaft Platz zu machen. "Der Marshall-Plan wäre nur eine vorübergehende und vergebliche Hilfe, wenn es den beteiligten Nationen nicht gelänge, ihre Gemeinschaft zu stärken und zu entwickeln, d.h. ihr gemeinsame Einrichtungen zu geben, eine gemeinsame Wirtschaft, eine gemeinsame Verteidigung und eine gemeinsame Politik. Und welche Nation könnte sich dadurch vermindert fühlen, dass sie ihren Wohlstand durch einen Beitrag zum demjenigen der anderen sichert, dass sie ihre Freiheit gemeinsam mit derjenigen der anderen verteidigt, dass sie ihre Unabhängigkeit und ihre Sicherheit durch die Verbindung mit demjenigen der anderen gewährleistet, und dies in gemeinsamer Achtung des Völkerrechts?"

Der französische Präsident sprach auch über das deutsche Problem: "Wie könnte Frankreich es unterlassen zu verlangen, dass dieses grosse Volk, das eine unabhängige Existenz in der demokratischen Gemeinschaft der Völker wiederfinden muss, nicht mehr zu zentralisierten und bewaffneten Macht wird, die unweigerlich zur Vorkherrschaft und zum Kriege getrieben wird, sondern dass es mit seinen föderierten Staaten in ein föderiertes Europa eingegliedert wird? ... Die Gerechtigkeit verlangt Wiedergutmachung, der Friede verlangt Sicherheit, der Wohlstand fordert Zusammenarbeit, die Freiheit verpflichtet zur Demokratie. Wenn dem deutschen Volk mit dem Recht auf Hoffnung genommen werden darf, so haben wir auch das Recht auf Sicherheit."

Diese Stellungnahme kann in Deutschland nur mit gewissen Vorbehalten aufgenommen werden. Man muss aber berücksichtigen, dass die

Rede des Präsidenten Knapp drei Jahre nach Beendigung des schrecklichsten der Kriege und nach einer jahrelangen Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen und Gestapo gehalten wurde. Das französische Staatsoberhaupt musste auf die Wünsche und Gefühle der Mehrheit seines Volkes Rücksicht nehmen. Umso schwerwiegender ist in diesem Zusammenhang die Betonung der europäischen Gemeinschaft, zu der auch Deutschland gehören muss, die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und, nicht zuletzt, das "Recht des deutschen Volkes auf die Hoffnung." (b/A27a/245/2/he)

VVN als politische Organisation

Von Fr. Heine

Kommunistische Hintermänner der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) versuchen seit Monaten, diese Organisation zu einer politischen Vereinigung mit politischen Aufgaben zu machen. Die VVN soll eine Partei, eine Überpartei werden und die echten Parteien zersetzen.

Nach sozialdemokratischer Auffassung gehört es nicht zu den Aufgaben der VVN, eine politische Organisation neben den politischen Parteien zu sein. Wenn der politische oder gar parteipolitische Charakter der VVN klar festgestellt ist, dann ergibt sich für jeden Sozialdemokraten die Konsequenz, dass er nicht Mitglied zweier politischer Parteien oder Vereinigungen sein kann. Er hat zu wählen zwischen der SPD und der anderen Organisation, in diesem Fall der VVN.

In der letzten Zeit haben sich die Beweise dafür gehäuft, dass die VVN systematisch zu einer politischen Organisation, zu einer neuen Partei umgestaltet werden soll. Nicht nur, dass der Kreis der VVN-Mitglieder erweitert und über die echten Opfer des Faschismus hinaus auf andere Personengruppen ausgedehnt wird, die nicht als OoF anzusprechen sind, noch viel mehr wird das erkennbar, wenn man die Aktionen dieser Organisation in den letzten Monaten prüft.

Es handelt sich dabei nicht um die Frage, ob dieser oder jener Vorschlag annehmbar ist oder nicht. Es geht hier darum, ob eine Organisation sich Aufgaben einer politischen Partei aneignet, aber gleichzeitig Anspruch darauf erhebt, als "überparteilich" angesehen zu werden.

Auf einer Kundgebung anlässlich der Hauptkonferenz der Ostzonen-VVN in Halle erklärte als Vertreter des kommunistischen Vorsitzenden Gesche der Kommunist Hans Seigewasser:

"Die VVN wird sich zu einer nationalen Widerstandsbewegung gegen die Zerreißung Deutschlands entwickeln. Die Ostzonen-VVN bekennt sich zum Volkskongress." ("Tagesspiegel", 25.2.1948)

Der Landesvorsitzende Hessen der VVN, Ernst Meyer, sagte (lt. "Tagesspiegel" 17.2.1948) im Anschluss an die Landestagung der Vereinigung:

"Die VVN werde versuchen, mit allen Stellen, deren Ziel die deutsche Einheit sei, Beziehungen anzuknüpfen. Die VVN muss die Kräfte stellen, die eines Tages in der Lage seien, die außenpolitische Repräsentation Deutschlands zu übernehmen."

Auf der Anfang Februar in Stuttgart stattgefundenen Tagung des Rates der VVN wurden

"zur Aufarbeitung von Plänen für konstruktive Lösungen der gegenwärtigen Lage in Deutschland vier Ausschüsse gebildet; ein Ausschuss für kulturpolitische Erziehungsarbeit, ein Ausschuss zum Studium der Rechtssicherheit und Volksrechtsstellung Deutschlands, ein Ausschuss zum Studium der Wiedergutmachung." (dpd, 6. Februar 1948)

"Auf der dritten Landeskonferenz der VVN Nordrhein-Westfalen in Herne sprach die kommunistische Landtagsabgeordnete, Hannamelzer, zum Marshall-Plan und brachte die Haltung der kommunistischen Partei zum Marshall-Plan auf dieser VVN-Konferenz zum Ausdruck. (dpd, 12. März 1948)

Der erste Vorsitzende der VVK, der Kommunist Ottomar Geschke, erklärte einem Vertreter des "Kurier" (17. Juni 1947):

"Es hat sich in allen Zonen das Bedürfnis nach politischer Zusammenfassung ergeben. Diese Zusammenfassung stelle die VVN dar."

Alle hier wiederholten Aussprüche und Erklärungen (sie stellen nur eine aus Platzgründen unvollständige Sammlung dar), bekunden eindeutig den Willen sich die Aufgabenbereiche politischer Parteien zu eigen zu machen, ^{und} wie die Praxis gezeigt hat, unter überparteilichem Mantel in kommunistischer Interpretation auszuüben. Der Anspruch, "die aussenpolitische Repräsentation Deutschlands zu übernehmen", übersteigt selbst die Aufgabenbereiche der Parteien und greift direkt in die Bezirke des Staates ein.

Es war daher gemeinsame Aufgabe der sozialdemokratischen Organisationsinstanzen und Funktionäre, aus dieser Klarstellung des parteipolitischen Charakters der VVN durch die Kommunisten selbst, die erforderlichen organisatorischen Konsequenzen zu ziehen. Unter dem Eindruck der kommunistischen Durchdringung der VVN sind bereits vorher eine Reihe von sozialdemokratischen Opfern des Faschismus, die bisher Mitglied der VVN waren und auch sozialdemokratische Bezirksverbände vor diese Frage gestellt worden und haben sie negativ entschieden. Sie handeln damit in Übereinstimmung mit einigen anderen sozialistischen Parteien in Ausland, wie zum Beispiel der Sozialistischen Partei Österreichs, die in gleicher Weise gegen die kommunistische Partorganisation vorgegangen ist. Die logische Folgerung aus alledem war der Beschluss des Parteivorstandes vom 6. Mai 1948, die Mitgliedschaft in der VVN als unvereinbar mit der in der SPD zu erklären.

Eine reinliche Scheidung zwischen den getarnten und offenen Gleichschaltern und Totalitären auf der einen Seite und den Kämpfern für Freiheit und Sozialismus auf der anderen Seite ist in Gange. Die Opfer des Faschismus, die ihren Blutzoll gegen die Diktatur der einen Couleur gebracht haben, müssen in der vordersten Front kämpfen, wenn es sich um die Auseinandersetzungen mit den Diktaturen der anderen Couleur handelt. (L/31/245/2/he)

24. Mai 1948

".....nicht im Interesse eines alten Pg."

sp. Die "Lübecker Freie Presse" stellt ihre Zeitung auf Maschinen und in Gebäuden her, die bis 1933 aus Arbeitergroschen errichtet wurden und ausschliesslich der SPD bzw. Gewerkschaften gehörten. 1933 wurde der gesamte Komplex von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und im Laufe der Zeit durch die bekannten Manipulationen einem Herrn Franz Brandt, Pg. seit 1929, Gauhauptstellenleiter, SS-Förderer usw. "verkauft". Der Betrieb wurde 1945 als ehemaliger Nazibetrieb blockiert und gelangte noch nicht wieder in die Hand der ursprünglichen Besitzer. Durch Spruchkammerverfahren wurde Brandt in Kategorie III eingereiht und den bekannten Berufsbeschränkungen unterworfen. Es ist bezeichnend, in welcher Weise nun Brandt jeden weiteren Aufbau der "Lübecker Freien Presse" unterbinden will. Die Zeitung arbeitet unter den grössten Schwierigkeiten, weil ein Teil des Gebäudes und der Maschinen durch den Bombenkrieg zerstört ist. Den Ausbau des Gebäudes will nun Brandt dadurch verhindern, dass er die Zustimmung zum Bau verweigert, obwohl eine amtliche Baugenehmigung mit Vorrang vorliegt. Der Rechtsanwalt Brandts, Dr. Niemann, hat dem Verlag einen Brief geschrieben, der die ganze Unverfrorenheit dieses alten Pg. offenbart. In diesem Brief heisst es u.a.: "Ein Neubau der 'Lübecker Freien Presse' auf dem Grundstück würde den Interessen und Plänen meines Auftraggebers zuwiderlaufen. Wenn die Berufsbeschränkungen für meinen Auftraggeber fortgefallen sind, wird er natürlich daran denken, seinen Betrieb zu vergrössern und dabei würde der Neubau der 'Lübecker Freien Presse' seinen geschäftlichen Interessen im Wege sein.... Im vorliegenden Falle jedoch dürfte die Militärregierung an den Bauvorhaben der 'Lübecker Freien Presse' kaum interessiert sein."

Wenn man diese Unverschämtheit, die zudem noch mit einer durchaus nicht bestehenden Ansicht der Militärregierung operiert, in ihrem vollen Umfang erkennen will, muss man wissen, dass Brandt 1933 besitzlos in den Betrieb kam. Aller Besitz, den er seitdem erwarb, beruht auf einem eindeutigen Gewaltakt, den er nun fortzusetzen gedenkt.

sp. Der wirtschaftspolitische Ausschuss beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, erweitert durch einige sozialdemokratische Wirtschaftsminister deutscher Länder, tagte am 21. Mai in Offenbach/Main. Zur Beratung stand vor allem die Stellungnahme der SPD zum Marshallplan, wobei auch einige Fragen erörtert wurden, die mit der kommenden Währungsreform zusammenhängen.

Verantwortlich: Peter Raunau